

53mm



PROGRAMM

**EINER ALTERNATIVEN
KOMMUNALPOLITIK**

Präambel

Ebenso wie die Bürger anderer Städte sehen sich die Bürger Stades zunehmend mit den Problemen konfrontiert, die aus der wirtschaftlichen Krise, der friedensgefährdenden Politik und der Zerstörung der Umwelt resultieren. Wir wehren uns gegen das gefährliche Wettrüsten der NATO und des Warschauer Paktes, besonders gegen das Aufstellen der eurostrategischen Atomwaffen Pershing II und SS 20 und fordern deren Abzug, weil es die Existenz unseres Landes und ganz Europas wie nie zuvor bedroht. Die Kosten der Rüstung werden durch Steuererhöhungen und Streichungen im Sozialbereich auf die Arbeitnehmer und sozial Schwachen abgewälzt. Die hohe Arbeitslosigkeit, Reallohnsenkung, höhere Mieten und Preise, Abbau sozialer Rechte und demokratischer Grundrechte und Kürzung der Renten führen zu einer Verschlechterung unserer Lebensbedingungen. Die Ausbeutung von Mensch und Natur muß aufhören. Wir unterstützen deshalb Bestrebungen für menschengerechte Arbeitsbedingungen und für Arbeitszeitverkürzung sowie solche, die sich gegen den Raubbau an der Natur durch Industrieansiedlung und Infrastrukturmaßnahmen wenden.

Statt die Interessen der Mehrheit der Stader Bevölkerung in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen, folgen die Vertreter der CDU, SPD und FDP im Rathaus einseitig den Interessen der Industrie und Wirtschaft sowie der Stader Geschäftswelt.

Die Alternativen Stade verstehen sich als basisdemokratischer und antifaschistischer Zusammenschluß, in dem alle Entscheidungen unter Mitwirkung ihrer Mitglieder diskutiert und beschlossen werden. Die AS ist offen für alle Bürger Stades. Zur Durchsetzung ihrer Ziele benötigt sie eine starke außerparlamentarische Bewegung. Die AS sieht in der Parlamentsarbeit ein Mittel, um die sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Interessen derjenigen zu vertreten, die bisher im Rathaus und der Verwaltung überhört wurden.

Wir fordern:

- die Haushaltsmittel der Stadt im Sinne der sozialen Belange der Bürger und nicht zur Finanzierung von Prestigebauten auszugeben.
- Wir fordern Maßnahmen zur Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts der Elbe. Wir sind gegen eine weitere Elbwasserverschmutzung durch Einleitung kommunaler und industrieller Abwässer aller Anliegerstaaten, sowie gegen die Erwärmung der Elbe durch Kühlwasser aus Atomkraftwerken.
- Wir sind gegen die Einschränkung der Befugnisse der Kommunen durch Bundes- und Landesrecht, sondern für die Stärkung ihrer Selbständigkeit.
- Wir sind für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrssystems und gegen den Neubau von Autobahnen.
- Wir fordern den Ausbau und die weitere Erforschung regenerierbarer Energien (Wind, Sonne, Biogas) und lehnen Kernenergieanlagen ab, weil deren Risiken für Mensch und Umwelt nicht absehbar sind.

Wahlprogramm

Kommunale Selbstverwaltung

Die Bestimmungen der Niedersächsischen Gemeindeordnung schränken in vielen Punkten die Selbstverwaltung der Kommunen ein und beschneiden die Demokratie der Bürger. Wir setzen uns für die folgenden Forderungen ein:

– Grundsätzlich treten wir für die Öffentlichkeit aller Rats- und Ausschußsitzungen ein.

– Die Ratsmitglieder sind regelmäßigen Bürgerversammlungen im entsprechenden Wahlbereich rechenschaftspflichtig. Diese Versammlungen müssen Antragsrecht gegenüber dem Stadtrat erhalten.

– Die Ratsmitglieder müssen jederzeit von den Wählern abgewählt werden können.

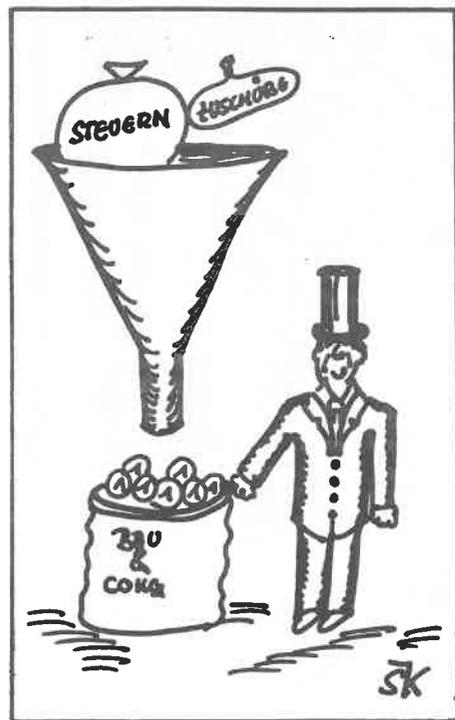
– Die Amtszeit für Wahlbeamte soll auf sechs Jahre verkürzt werden.



Finanzpolitik

Die Alternativen Stade treten für eine größere Selbständigkeit der Gemeinden gegenüber Land und Bund ein. Obwohl jeder Lohnabhängige die drückender werdenden Steuerabzüge spürt, geht doch nur der kleinste Teil davon in den Haushalt der Kommunen. Da die Gemeinden vom Bund kurzgehalten werden und auch mehr Geld verplanen als verfügbar ist, steigt die Verschuldung der Gemeinden und werden die Gebühren und Abgaben immer mehr. Zuweisungen des Landes sind oft an Bedingungen geknüpft.

Darüber war das Finanzwesen der Stadt Stade bislang so ausgerichtet: wichtige soziale und kulturelle Aufgaben wurden nicht oder nur halbherzig erfüllt. Die Ausgaben Stades beispielsweise für Kindergärten, Spielplätze, Volkshochschule und Büche-



riausstattungen waren in den vergangenen Jahren im Vergleich zu anderen Städten weitaus unterdurchschnittlich.

Stattdessen werden große Summen in den Bau von Prestigeobjekten gepumpt. Und das häufig nur, weil man dabei auf zweckgebundene Zuschüsse von Land und Bund schießt, die dafür vergeben werden.

Die Gesamtschuld der Stadt Stade beträgt z.Zt. ca. 104 Millionen DM, und schon wird im Stadtrat beraten, wie diese Verschuldung durch den Bau von Protzbauten noch weiter in die Höhe getrieben werden kann.

Wir wollen nicht den Weg hemmungsloser Neuverschuldung gehen. Denn damit würde nur die Erpreßbarkeit unserer Stadt gegenüber ihren Gläubigern und ortsansässiger Industrie verstärkt. Aus diesem Grunde treten wir für den langfristigen Abbau der Gesamtschulden ein.

Es darf aber nicht am falschen Ende gespart werden. Die Alternative heißt für uns, die durch Streichung von geplanten Großprojekten eingesparten Gelder zum Ausbau der sozialen Sicherung zu verwenden.

Deshalb fordern wir:

1. Solange der Finanzierungsspielraum der Gemeinden derart eingeschränkt ist, müssen Anträge auf Zuweisungen unbürokratisch bearbeitet werden.
2. Der Gewerbesteuerhebesatz muß in Stade mindestens auf die bis 1980 gültigen 340 Prozent wieder angehoben werden.
3. gleichzeitig muß die Genehmigungspflicht für die Steuerhebesätze durch die Bezirksregierungen abgeschafft werden.
4. Die Haushaltsmittel für öffentliche Sozial- und Kultureinrichtungen und die Zuschüsse für private Träger derartiger Einrichtungen (z.B. Kindergärten, Musikschule, Volkshochschule) müssen erhöht werden, damit die Gebühren gesenkt werden.
5. Als Krankenhausträger muß die Stadt Stade darauf hinwirken, daß sie vom Land einen ausreichenden Finanzfreibetrag für dringende Investitionen bekommt.

Industrie und Elbverschmutzung

In der Erkenntnis, daß die Rathauspolitiker der Industrie alles erlauben, was dem Profit nützt, kann eine Kontrolle der Industrie alleine nicht genügen. Die Alternativen Stade werden, gemeinsam mit Umweltschutzinitiativen, die Interessen der Bürger wahrnehmen, die vorhandenen Mißstände aufdecken und Aktionen dagegen unterstützen.

Die AS erhebt folgende Forderungen:

- Sämtliche Antragsunterlagen (für die Errichtung neuer Industrieanlagen) müssen schon in der Vorplanungsphase veröffentlicht und zur Vervielfältigung freigegeben werden. Keine Genehmigungen ohne Berücksichtigung der Stellungnahmen von fachlich kompetenten Verbänden wie z.B. der Arbeitsgemeinschaft Umweltplanung Niederelbe (AUN) oder dem Deutschen Bund für Vogelschutz (DBV).
- Umfassende Aufklärung der Bevölkerung über die Risiken der jetzigen und weiteren Industriensiedlung im Raum Stade.
- Die Erstellung eines Sanierungsplanes für die Elbe und ihre Nebenflüsse.

• Bis zur Aufstellung des Gesamtbelastungs- und Sanierungsplanes für die Elbe und ihre Nebenflüsse dürfen wegen der bereits stark verunreinigten Elbe keine weiteren umweltbelastenden Industriensiedlungen genehmigt werden. Die Auflagen an die Industrie sind zu überprüfen und zu verschärfen.

• Beendigung der Abwassereinleitung in die Elbe und Ausbau geschlossener Kreisläufe. Die Rotschlammdeponie darf nicht erweitert werden.

Wir treten für die Wiederverwendung der im Rotschlamm enthaltenen wertvollen Eisen- und Titanoxide ein bzw. für die sichere Lagerung des Rotschlammes z.B. in Kies- oder Kalkgruben mit Untergrundabdichtung.

• Keine Erweiterung der Chlorproduktion der DOW, kein PVC- und kein Penolwerk, solange Sicherheitsrisiken für die Arbeiter und die übrige Bevölkerung bestehen. Keine überirdische Lagerung des Chlors, auch nicht auf dem Gelände der DOW, da die Risiken für die Bevölkerung und die Arbeitnehmer nicht zu tragen sind.

DIES IST DAS NEUE GESETZ ZUM SCHUTZ UMSGEBE UMWELT...



- Vorrangige Förderung des ‚Sozialen Wohnungsbaus‘, ohne die Bewohner dabei zu kasernieren. Erschwingliche Mieten bei humanen Wohnbedingungen sind das Ziel.
- Die AS spricht sich gegen jede zukünftige Planung aus, die eine Wohnraumzusammenballung wie im Altländer Viertel und

Sozialpolitik

Die Stader Sozialpolitik muß sich an den Bedürfnissen der Betroffenen orientieren und überall deren Interessen vertreten. Jeder Bürger dieser Stadt hat Anspruch auf ein Leben in einer menschenwürdigen Umgebung.

Von der Stadt verlangen wir, für den gesamten Jugendhilfebereich ein Konzept mit einer vorausschauenden Planung zu erarbeiten. Die Leitung dieser Ämter muß von Fachkräften besetzt werden, nicht von Verwaltungskräften, die die Probleme der Betroffenen in ihrer Tragweite nicht einschätzen können. Die Einstellung von qualifiziertem und engagiertem Personal muß absoluten Vorrang haben. ABM-Kräfte müs-

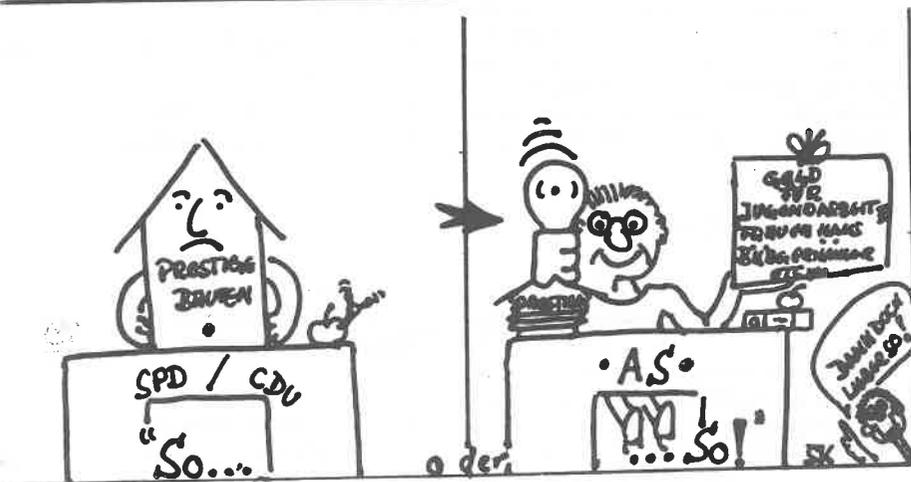
z.T. in Hahle zur Folge haben könnte.

- Die AS treten für die Wohnungsvermittlung durch die kommunale Wohnungsvermittlung ein.
- Die Veröffentlichung eines Mietenspiegels für Stade halten wir für erforderlich.

sen übernommen und fest angestellt werden, sie dürfen nicht für vorübergehende Tätigkeiten ausgenutzt werden.

Die Alternativen unterstützen die Forderung der Frauenhausinitiative auf Verbesserung der räumlichen Unterbringung und der personellen und finanziellen Situation.

- die Interessen von Obdachlosen, Ausländern, Sinti und Roma müssen stärker berücksichtigt werden.
- Ausbau und finanzielle Förderung von Suchthilfegruppen und Einrichtung einer unabhängigen Drogenberatungsstelle im Stader Raum.
- Hilfestellung für die Menschen in den Stader Obdachlosensiedlungen.



Daraus ergeben sich im einzelnen folgende Forderungen:

Freizeit und Kultur

- Die Jugendfreizeitstätte ‚Alter Schlachthof‘ muß als zentrale Einrichtung erhalten und ausreichend gefördert werden. In den Ortsteilen Hahle, Bützfleth und Campe müssen Jugendzentren und in Hagen und Wiepenkathen Jugendräume errichtet werden. In diesen Einrichtungen ist eine Selbstverwaltung anzustreben.

● weitere Bolzplätze müssen errichtet werden. Für die bestehenden Spielplätze müssen genug finanzielle Mittel zur Pflege derselben bereitstehen.

● Stade sollte einen Zeltplatz für fremde Gruppen anlegen, den man auch für open-air Veranstaltungen nutzen kann.

● Die Stadt soll die Freizeitmöglichkeiten z.B. für Jugendgruppen stärker fördern (Bereitstellung von Zelten, Kosten für Zeltplatz und Transport der Teilnehmer übernehmen).

- die Einstellung von Freizeitpädagogen
- die Förderung eines Kommunalen Kinos in Stade
- die Freigabe des Pferdemarktes für alle Aktionsgruppen unter Verzicht auf den bürokratischen Genehmigungsweg
- die Förderung des Breitensports durch Öffnung aller Sportanlagen, nicht nur für Vereine
- Bürgerhäuser in den Stadtteilen für jüngere und ältere Bürger
- alle Kultur- und Freizeiteinrichtungen müssen den Versuch machen, Ausländer in die Arbeit einzubeziehen
- Die Neueinrichtung eines Ausländerausschusses, in dem auch Ausländer mitarbeiten können.

Schule und Jugend

● Wir fordern für alle in der Trägerschaft der Stadt Stade stehenden Schulen, daß all Erziehungsberechtigten bei der Einschulung und bei jedem Schulwechsel umfassend über ihre Rechte und Pflichten und die der Schüler informiert werden.

● Wir fordern die Erweiterung des Mitspracherechts der Erziehungsberechtigten in allen Schulangelegenheiten und fördern das Engagement der Erziehungsberechtigten.

● Schülerhilfsbüchereien müssen eingerichtet werden, mit dem Ziel der völligen Lernmittelfreiheit.

Behinderte

Die Alternativen fordern:

- die Unterstützung und den Ausbau von Wohngemeinschaften für Behinderte und psychisch Kranke, um eine Einweisung in Aufbewahrungsanstalten zu vermeiden.
- die Einbeziehung von Behinderten in Kindergärten und Schulen verbunden mit der Forderung, einen Modellversuch zu starten.
- die Schaffung von Freizeitmöglichkeiten für Behinderte.
- die Einrichtung unabhängiger Beratungsstellen für Behinderte und ihre Eltern
- Unterstützung einer Selbsthilfeorganisation behinderter Bürger.

Altersversorgung

Jeder ältere Bürger dieser Stadt hat Anspruch auf ein Leben in einer menschenwürdigen Umgebung. Er hat ein Recht auf Betreuung, die für jeden erschwinglich ist. Wir treten dafür ein, den älteren Mitbürgern mehrere Möglichkeiten zur Wahl zu stellen:

- die Betreuung durch eine Sozialstation zu Hause in gewohnter Umgebung und in Selbständigkeit.
- den Bau von Wohnungen für alte Menschen mit erschwinglichen Mieten.
- Verbesserung der Situation in Altersheimen. Die Selbständigkeit des alten Menschen muß gefördert werden, Einstellung von mehr Personal.
- in der Stadt müssen Sozialstationen dezentral ausgebaut werden.

Gesundheitswesen

Im Krankenhaus muß der Stellenplan erweitert werden, um eine bessere medizinische und psychische Betreuung der Patienten zu gewährleisten.

- die Patientenzimmer und -aufenthaltsräume müssen besser ausgestattet werden.
- es soll die Möglichkeit der Hausgeburten und der sanften Geburt geschaffen werden.
- die technische Ausstattung des Krankenhauses muß dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse angepaßt werden.
- sofortiger Bau weiterer Fahrstühle im Krankenhaus.

Arbeitslosigkeit

Grundsätzlich sind wir der Meinung, daß die Vollbeschäftigung, wie sie von den eta-

blierten Parteien immer wieder gefordert wird, unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen eine Illusion ist, weil eine ihrer Existenzbedingungen ist, jederzeit frei verfügbare, billige Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt vorzufinden, wenn in diesem oder jenem Zweig das Geschäft anzieht.

In Stade ist die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich hoch. Angesichts der Tatsache, daß Stade eine steuerstarke Gemeinde ist, halten wir das Inkaufnehmen von hoher Arbeitslosigkeit für nicht vertretbar.

Wir meinen, daß sog. wirtschaftsfördernde Maßnahmen möglich sind durch den Bau von Wohnungen, von Einrichtungen im sozialen Bereich (Kindergärten, Bürgerhäuser, Sozialstationen usw.). Die vom Arbeitsamt angebotenen Mittel sollten voll ausgenutzt werden.

Wir fordern, daß die Stadt Stade sich nicht an den bundesdeutschen Versuchen beteiligt, Personal einzusparen. Im Gegenteil ist in verschiedenen öffentlichen Bereichen eine Erweiterung der Stellenpläne nötig, um die anfallende Arbeit bewältigen zu können.

Wir meinen, die Stadt Stade sollte auch auf andere öffentliche Arbeitgeber einwirken, Personal einzustellen. Die von öffentlichen Zuschüssen profitierenden freien Träger von Einrichtungen sollten mit höheren Zuschüssen bedacht werden, damit sie zusätzlich Arbeitskräfte einstellen können.

Bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst sollte die Stadt Stade sich dafür einsetzen, daß die öffentlichen Arbeitgeber statt linearer prozentualer Gehaltserhöhungen (die sowieso nur den hohen Angestellten und Beamten etwas nützen) die Forderung nach Senkung der Arbeitszeit und nach strukturellen Gehaltserhöhungen umsetzen.

Wir sind für das Aussetzen von Gehaltserhöhungen bei den hochbezahlten Angestellten und Beamten.

Da die Herabsetzung der Gewerbesteuer zu keiner Zunahme von Arbeitsplätzen geführt hat, sollte die Heraufsetzung erwogen werden.

Demokratie

Die AS tritt für den Erhalt und Ausbau demokratischer Rechte ein und wendet sich entschieden gegen polizeistaatliche Tendenzen in unserem Land.

Für Stade fordert die AS u.a.:

- Keine Bespitzelung und Registrierung der politischen Initiativen Stades durch die Politische Polizei, die Unsicherheit und Angst hervorrufen und zu restriktiven Maßnahmen gegen einzelne (z.B. Berufsverbote) benutzt werden.

- Gebührenfreie Genehmigung von Informationsständen ohne unnütz einschränkende Auflagen. Hier wendet sich die AS entschieden gegen die Praxis des Ordnungsamtes, Informationen an die Politische Polizei weiterzugeben.

- Wir setzen uns ein für den verstärkten Kampf gegen neonazistische Umtriebe.

- Keine Einschränkung des Demonstrationsrechtes und -weges durch das Ordnungsamtsamt.

SATZUNG DER ALTERNATIVEN STADE (AS)

§1

1. Die AS ist eine Gruppe von Wahlberechtigten im Sinne des NKWG i.d. Fassung vom 20. 7. 1977 (Wählergruppe).

2. Ihr Tätigkeitsbereich erstreckt sich auf das Gebiet der Stadt Stade.

§2

1. Mitglied der AS kann werden, wer das 16. Lebensjahr vollendet, seinen Wohnsitz oder Arbeitsplatz im Gemeindegebiet von Stade hat und sich zu Programm und Satzung der AS bekennt.

2. Die Mitgliedschaft in einer politischen Partei ist zulässig, sofern diese nicht faschistisch ist.

3. Ausländer und Staatenlose können Mitglied der AS werden.

§3

1. Der Beitritt zur AS erfolgt durch schriftliche Erklärung und wird vom Vorstand bestätigt. Auf Antrag kann die Mitgliederversammlung (MV) mit 2/3 Mehrheit die Aufnahme ablehnen.

2. Einzelne Mitglieder haben nicht das Recht, Öffentliche Erklärungen für die AS abzugeben.

3. Alle Mitglieder haben das Recht, Arbeitsgruppen zu bilden, die aber keine öffentlichen Erklärungen für die AS abgeben können.

§4

1. Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluß oder durch Tod.

2. Der Austritt erfolgt durch schriftliche Mitteilung.

3. Der Ausschluß kann nur mit 2/3 Mehrheit der MV beschlossen werden.

§5

1. Oberstes Organ der AS ist die Mitgliederversammlung. Sie beschließt Satzungsänderungen und Programm mit 2/3 Mehrheit.
2. Die MV wählt in geheimer Wahl mit einfacher Mehrheit drei Vorsitzende, die unter sich die Ämter des Schriftführers und Kassierers aufteilen.
3. Die Amtszeit des Vorstandes ist auf ein Jahr begrenzt.
4. Alle Vorstandssitzungen sind öffentlich und müssen bekannt gegeben werden.
5. Der Vorstand muß bei Stellungnahmen für die örtlichen Medien gewählte Sprecher der Arbeitsgruppen hinzuziehen.
6. Der Vorstand ist an die Beschlüsse der MV gebunden und ist nur ihr ausführendes Organ.
7. Der Vorstand kann jederzeit mit 2/3 Mehrheit von der MV abgewählt werden.
8. Der Vorstand muß mindestens halbjährlich der MV einen politischen und finanziellen Rechenschaftsbericht geben.
9. Der Vorstand muß die MV 14 Tage vorher mit verbindlicher Tagesordnung einberufen und die Presse informieren. Beschlüsse zum Programm und zur Satzung können nur gefaßt werden, wenn sie zuvor auf der Tagesordnung stehen. Die Präambel kann nicht verändert werden.
10. Die MV findet mindestens einmal im Monat statt.
11. Auf Verlangen von mindestens 30 Mitgliedern muß der Vorstand eine MV einberufen.
12. Die MV ist beschlußfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde und 15% der zum Zeitpunkt der Einladung im Mitgliederverzeichnis aufgeführten Mitglieder anwesend sind.
13. Mitglieder werden in einem Mitgliederverzeichnis geführt, das halbjährlich überprüft wird.

§6

1. Die Bestimmung für die Wahlvorschläge der AS für die Kommunalwahlen geschieht in geheimer Abstimmung mit einfacher Mehrheit für alle vier Wahlbereiche.
2. Die gn das Kommunalparlament gewählten Mitglieder der AS verpflichten sich, die Beschlüsse der MV zu vertreten.
3. Ratsmitglieder der AS können nicht gleichzeitig Vorstandsmitglieder sein.

§7

1. Die AS finanziert sich aus freiwilligen Spenden.

§8

1. Eine Auflösung der AS kann mit 2/3 Mehrheit der MV beschlossen werden. Die MV muß zu diesem Zweck eingeladen werden.

§9

Auf dieser MV wird über die Verwendung des vorhandenen Vermögens mit einfacher Mehrheit entschieden.

Stade, den 10. Juni 1981

Kontaktadresse: Siegfried Kopf Tel. 04 14 1/65206
Töpferstraße 10
2160 Stade